

ERNST RUDOLF HUBER

DEUTSCHE
VERFASSUNGSGESCHICHTE

SEIT 1789

Band III
Bismarck und das Reich

Dritte wesentlich überarbeitete Auflage

W. KOHLHAMMER VERLAG
STUTT GART BERLIN KÖLN MAINZ

INHALTSVERZEICHNIS

A. Konstitutionalismus und Reaktion

Kapitel I. Die deutschen Großmächte und das konstitutionelle System . . .	3
§ 1. <i>Das Wesen der konstitutionellen Monarchie.</i>	3
I. Der Begriff des Konstitutionalismus	3
1. Absolutismus, Konstitutionalismus, Parlamentarismus.	3
2. Konstitutionalismus und Liberalismus.	6
3. Der Konstitutionalismus - ein echter oder ein dilatorischer Kompromiß?	9
II. Konstitutionalismus und Königsherrschaft	11
1. Der Konstitutionalismus und das monarchische Prinzip.	11
2. Der Konstitutionalismus und die Prärogativen der Krone.	13
3. Der Konstitutionalismus und das System der existentiellen Vorbehalte.	16
4. Der Konstitutionalismus und das Repräsentativsystem.	18
5. Der Konstitutionalismus und die Ministerverantwortlichkeit	20
6. Der Konstitutionalismus und die monarchische Neutralität	22
7. Der Konstitutionalismus und die monarchische Autorität	24
§ 2. <i>Der Sturz der oktroyierten Verfassung in Österreich.</i>	27
I. Der Reichstag von Kremsier und Schwarzenbergs Staatsstreich	27
1. Der Verfassungsentwurf von Kremsier.	27
2. Die oktroyierte Verfassung vom 4. März 1849.	29
II. Die Wiederherstellung der österreichischen Herrschaft in Ungarn und Lombardo-Venetien	30
1. Die Unterwerfung Ungarns.	30
2. Die Unterwerfung Lombardo-Venetiens.	33
III. Der österreichische Neoabsolutismus.	33
1. Schwarzenbergs Kampf gegen die oktroyierte Verfassung.	33
2. Der Widerruf der oktroyierten Verfassung.	34

Inhaltsverzeichnis

§ 3. <i>Der Übergang zum Verfassungsstaat in Preußen</i>	35
I. Die preußischen Kammern von Februar bis April 1849.	35
1. Die Wahl der Kammern	36
2. Der Kampf um die Anerkennung der oktroyierten Verfassung	38
3. Der Kampf um das Notverordnungsrecht	40
4. Der Kampf um die Anerkennung der Reichsverfassung	44
II. Der zweite preußische Staatsstreich	46
1. Die Auflösung der Zweiten Kammer (27. April 1849)	46
2. Die Verordnung über den Belagerungszustand (10. Mai 1849)	47
3. Die Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts (30. Mai 1849)	49
III. Die Revision der preußischen Verfassung	51
1. Die Kammerverhandlungen über die Verfassungsrevision	51
2. Der Abschluß der Verfassungsrevision	52
Kapitel II. Die preußische Verfassung	54
§ 4. <i>Königtum und Regierung im preußischen Verfassungsstaat</i>	54
I. Das preußische Königtum	55
1. Die Verfassung von 1850 und das monarchische Prinzip.	55
2. Die Unverantwortlichkeit des Königs und die Ministerverantwortlichkeit	55
3. Der König und die vollziehende Gewalt	57
4. Der König und die Gesetzgebungsgewalt	57
5. Das Verordnungsrecht des Königs.	58
6. Das Notverordnungsrecht des Königs.	60
7. Die Verhängung des Belagerungszustands.	61
8. Königtum und Gerichtsbarkeit	62
II. Das preußische Staatsministerium.	64
1. Die Stellung des Ministerpräsidenten.	64
2. Die Ministerverantwortlichkeit	65
III. Das Zivil- und das Militärkabinett des Königs.	68
1. Das Zivilkabinett	68
2. Das Militärkabinett	69
IV. Wehrverfassung, Königtum und Kommandogewalt.	73
1. Wehrverfassung und Staatsverfassung.	73
2. Wehrpflicht, Wehrorganisation, Wehreinsetz	74
3. Mannszucht, Deliberationsverbot und Fahneide.	75
4. Kommandogewalt, Gegenzeichnung und Ministerverantwortlichkeit	76
5. Der verfassungsrechtliche Status des Heeres.	78

Inhaltsverzeichnis

5. Die preußischen Kammern.	79
I. Das Zweikammersystem.	80
II. Das Herrenhaus.	81
1. Der Kampf um die Erste Kammer.	81
2. Die Zusammensetzung des Herrenhauses.	83
III. Das Abgeordnetenhaus.	85
1. Das Wahlsystem.	85
a) Die Allgemeinheit der Wahl.	85
b) Die Mittelbarkeit und die Ungleichheit der Wahl.	86
c) Die Öffentlichkeit der Wahl.	87
d) Die Wahlkreiseinteilung.	89
2. Die Auswirkungen des Wahlsystems.	90
3. Die Ergebnisse der preußischen Wahlen.	92
IV. Die Rechtsstellung des Landtags.	95
1. Die Berufung, Vertagung, Schließung und Auflösung der Kammern	95
2. Das Abgeordnetenmandat.	95
a) Erwerb und Verlust des Mandats.	95
b) Freies Mandat, Inkompatibilität, Immunität und Diäten.	96
c) Der Abgeordneteneid.	98
3. Die Gesetzgebungszuständigkeit des Landtags.	99
4. Die Budgetgewalt des Landtags.	99
' 6. Die Grundrechte und Grundpflichten der Preußen.	100
I. Grundrechte und Grundpflichten.	101
II. Die personalen Grundrechte.	102
1. Die Gleichheit vor dem Gesetz.	102
2. Die Freiheit der Person.	104
3. Die Religionsfreiheit.	105
4. Die Meinungsfreiheit.	107
5. Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.	109
6. Die Gewährleistung des Eigentums.	110
7. Die Gewährleistung des Rechtsschutzes.	111
\ 7. Die institutionellen Garantien der preußischen Verfassung.	112
I. Die Garantie des Staatskirchenrechts.	114
1. Die Korporationsrechte der Religionsgesellschaften.	114
2. Die christlichen Staatseinrichtungen.	115
3. Die kirchliche Autonomie in inneren Angelegenheiten.	116
4. Der freie Verkehr mit Rom und der Verzicht auf das staatliche Plazet.	117
5. Der Staatspatronat und die Besetzung der Kirchenämter.	118
II. Die Bildungsverfassung.	118
1. Die Freiheit der Forschung und Lehre.	118
2. Die Ordnung des Unterrichtswesens.	120

Inhaltsverzeichnis

III. Die Gerichtsverfassung121
1. Die richterliche Unabhängigkeit121
2. Die Kompetenzkonfliktsgerichtsbarkeit123
3. Die Konflikterhebung beim gerichtlichen Vorgehen gegen Beamte124
4. Die Fortentwicklung des materiellen Justizrechts.125
IV. Die Gemeindeverfassung.126
1. Das Programm der Kommunalgesetzgebung126
2. Das Scheitern der Kommunalgesetzgebung127
Kapitel III. Der Deutsche Bund in der Ära der Reaktion129
§ 8. <i>Der Bundestag und die Bundesverfassungspolitik nach 1850.</i>129
I. Der österreichisch-preußische Dualismus nach 1850.129
1. Die bundespolitischen Ziele der deutschen Großmächte.129
2. Preußens Kampf um das Duumvirat132
II. Der Bundestag und die Landesverfassungen.134
1. Der Reaktionsbeschluß vom 23. August 1851.134
2. Der Reaktionsausschuß und die Landesverfassungen.136
III. Die Aufhebung der deutschen Grundrechte und die grundrechtsbeschrän- kenden Bundesgesetze.136
§ 9. <i>Der Streit um die deutsche Flotte.</i>138
I. Der Plan zur Errichtung einer kontingentsmäßig gegliederten Bundesflotte138
II. Die Auflösung der deutschen Flotte.139
III. Die Rechtsfrage im Flottenstreit141
§ 10. <i>Der Kampf um den Zollverein.</i>143
I. Österreich und die Idee der mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit143
II. Die Zollvereinskrise 1851/52.145
1. Die Zollfrage auf den Dresdener Konferenzen und am Bundestag145
2. Der preußisch-hannoversche Zollvertrag.146
3. Die Zollkonferenzen von Wien, Darmstadt und Berlin (1852)147
III. Die Zolleinigung von 1853.148
1. Der österreichisch-preußische Handelsvertrag148
2. Die Erneuerung des Zollvereins.149
Kapitel IV. Die deutschen Einzelstaaten in der Ära der Reaktion151
§11. <i>Die Ära Bach-Buol in Österreich.</i>151
I. Das Ministerium Buol152
II. Die österreichische Verfassungspolitik 1852—55.153
1. Die Reorganisation des Staatsaufbaus153
2. Die Reaktion in Verwaltung und Justiz154

Inhaltsverzeichnis

III. Staat und Kirche bis zum Abschluß des Konkordats von 1855.	155
1. Der Untergang des alt-österreichischen Josefinismus.	155
2. Das österreichische Konkordat vom 18. August 1855.	158
12. <i>Die Ära Manteuffel in Preußen.</i>	159
I. Das Kabinett Manteuffel.	160
II. Die Verfassungspolitik der Manteuffelzeit	161
1. Das staatskonservative Legalitätsprinzip.	161
2. Die Staatsstreichpläne der „kleinen, aber mächtigen Partei“.	162
3. Totalrevision oder Teilrevision der Verfassung.	164
4. Die Reaktivierung der Provinzialstände.	165
5. Die Reaktivierung des Staatsrats.	167
III. Die politische Polizei unter Hinckeldey.	169
1. Die Polizei im Kampf gegen Demokraten und Ultrakonservative.	169
2. Politische Polizei und Preßpolitik.	171
3. Die politischen Prozesse der Manteuffelzeit.	172
4. Das Kammergericht als ausschließliche Instanz für Staatsverbrechen.	174
IV. Die Kirchen- und Schulpolitik unter Raumer.	174
1. Staat und Kirche.	174
2. Staat und Schule.	176
3. Staat und Wissenschaft.	177
V. Die politischen Parteien in der Manteuffelzeit.	178
1. Die konservative Partei.	178
2. Die Wochenblattpartei.	178
3. Die katholische Partei.	180
4. Die liberale Partei.	180
5. Die Stellung des Thronfolgers in den Parteikämpfen der Manteuffelzeit.	181
13. <i>Die Reaktion in Süddeutschland.</i>	182
I. Bayern.	183
1. Das Ministerium v. d. Pfordten.	183
2. Der Bruch v. d. Pfordtens mit den Liberalen.	185
II. Württemberg.	186
1. Das Ministerium Schlayer und der Kurswechsel von 1849.	186
2. Das Ministerium Linden und der Staatsstreich von 1850.	188
3. Das württembergische Konkordat von 1857 und das Staatsgesetz von 1862.	190
III. Baden.	191
1. Die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung nach der Mairevolution.	191

Inhaltsverzeichnis

2. Der Regierungsantritt Großherzog Friedrichs I. und der badische Kirchenstreit	193
3. Das badische Konkordat von 1859.	195
4. Die Aufhebung des Konkordats und die Staatsgesetze von 1860	197
IV. Hessen-Darmstadt	199
1. Das Ministerium Jaup.	199
2. Dalwigk, Ketteier und das Darmstadt-Mainzer Konkordat	200
§ 14. <i>Die Reaktion in Mittel- und Norddeutschland.</i>	203
I. Sachsen.	204
1. Regierung und Volksvertretung nach der Mairevolution von 1849	204
2. Der sächsische Staatsstreich von 1850 und der Widerstand der Universität Leipzig	204
3. Die Reaktionsgesetze von 1850-51.	207
4. Der Thronwechsel von 1854 und die Fortdauer des Beustschen Systems	208
II. Hannover.	209
1. Hannover unter dem Ministerium Bennigsen-Stüve.	209
2. Das Ministerium Münchhausen und das Wiederaufleben der hannoverschen Verfassungsfrage.	210
3. Das Ministerium Schele und das Scheitern der Verfassungsrevision	211
4. Das Ministerium Lütcken und die Bundesbeschlüsse vom 12. und 19. April 1855.	212
5. Das Ministerium Kielmannsegg und der zweite hannoversche Staatsstreich	215
III. Kurhessen.	217
1. Das Ministerium Hassenpflug und die kurhessische Verfassungsfrage	217
2. Hassenpflug und Vilmar.	218
3. Der Kampf um die Anerkennung der oktroyierten Verfassung	220
IV. Mecklenburg	220
1. Das schwerinsche Staatsgrundgesetz vom 23. August 1849.	220
2. Der Freienwalder Schiedsspruch	221
Kapitel V. Deutschland in den europäischen Konflikten der Jahrhundertmitte	224
§ 15. <i>Deutschland und der Krimkrieg.</i>	224
I. Die deutsche Verfassung und die orientalische Frage.	224
1. Verfassungsrecht und Außenpolitik.	224
2. Bundesverfassungsrecht und europäische Krise.	225
3. Landesverfassungsrecht und auswärtige Gewalt	227
II. Die deutschen Großmächte und die otientalische Frage.	228
1. Deutschlands Stellung zu Frankreich am Vorabend des Krimkriegs.	228
2. Der Ausbruch des Krimkriegs.	230
3. Die deutschen Mächte und der Krimkrieg	231

Inhaltsverzeichnis

III. Der Krimkrieg und die preußische Staatskrise	233
1. Die Wochenblattpartei im Kampf um den Eintritt Preußens in die westliche Allianz	233
a) Die Mission Pourtales	233
b) Der russische Bündnisvorschlag	234
c) Der Sturz Bunsens	235
2. Der preußische Staatskonflikt vom Mai 1854	237
IV. Das österreichisch-preußische Bündnis	239
1. Der Krimkrieg und die preußischen Kammern	239
2. Das österreichisch-preußische Schutz- und Trutzbündnis vom April 1854	239
3. Der Beitritt des Deutschen Bundes zum österreichisch-preußischen Bündnis	241
V. Die österreichische Interventionspolitik	242
1. Das Programm der Vier Punkte vom 8. August 1854	242
2. Die österreichische Intervention und der Deutsche Bund	244
VI. Der Pariser Frieden von 1856	246
16. <i>Deutschland und die Neuenburger Frage</i>	247
I. Die preußische Herrschaft im Fürstentum Neuenburg	248
II. Der Neuenburger Konflikt	249
1. Die Revolution in Neuenburg	249
2. Das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 und der neuenburgische Putsch	250
3. Die neuenburgische Frage und der Deutsche Bund	251
III. Der preußische Verzicht auf Neuenburg	252
17. <i>Deutschland und der österreichisch-italienische Krieg</i>	254
I. Österreich und die italienische Frage	254
1. Die europäischen Großmächte im österreichisch-sardinischen Konflikt	254
2. Das franko-sardinische Bündnis und das Problem der deutschen Bundeshilfe für Österreich	256
II. Das Entscheidungsjahr 1859	257
1. Die deutsche öffentliche Meinung und die Frage „Po und Rhein“	257
2. Die Ablehnung der Bundeshilfe für Österreich	260
3. Die „bewaffnete Vermittlung“ Preußens	262
4. Der Frieden von Villafranca	263

Inhaltsverzeichnis

B. Die Konfliktzeit

Kapitel VI. Die Neue Ära und der Verfassungskonflikt in Preußen	269
§ 18. <i>Preußen in der Neuen Ära.</i>	269
I. Stellvertretung und Regentschaft.	269
1. Der Stellvertretererlaß (23. Oktober 1857).	269
2. Die Einsetzung der Regentschaft (7./9. Oktober 1858).	270
II. Das Regierungsprogramm des Prinzregenten.	272
1. Das Ministerium Hohenzollern-Auerswald.	272
2. Das Programm der Neuen Ära	273
3. Das Ämterrevirement der Neuen Ära	274
§ 19. <i>Heeresreform und Verfassungskonflikt.</i>	275
I. Die Roonsche Heeresreform.	277
1. Wilhelm I. und die Wehrpolitik	277
2. Die Reformbedürftigkeit des Wehrsystems.	278
3. Der Roonsche Reformplan.	279
II. Die Anfänge des Herreskonflikts.	281
1. Gesetzgebungsgewalt und Kommandogewalt in der Heeresreform	281
2. Der Kampf um Präsenzstärke, Dienstzeit und Landwehr.	282
3. Die Militärvorlagen von 1860.	285
4. Das Provisorium von 1860/61.	286
III. Der Thronwechsel von 1861.	288
§ 20. <i>Die Krise von 1861/62 und Bismarcks Berufung.</i>	290
I. Der Kampf um Wehrpflicht und Wehretat	290
1. Das Provisorium von 1861/62.	290
2. Die politischen Parteien im Abgeordnetenhaus 1861/62.	291
3. Der Antrag Hagen.	293
II. Das Ende der Neuen Ära	294
1. Das Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen.	294
2. Die Wahl des Konfliktslantags	295
III. Die Staatskrise vom September 1862.	296
1. Das Scheitern des Kompromisses im Abgeordnetenhaus	296
2. Der Abdankungsplan des Königs.	297
IV. Das Ministerium Bismarck	299
1. Bismarcks Ministerkandidatur.	299
2. König Wilhelm und Bismarck im September 1862.	302
3. Bismarcks erstes Kabinett	303
§21. <i>Bismarck und der Verfassungskonflikt.</i>	305
I. Das budgetlose Regiment	305
1. Das Scheitern des letzten KompromißVorschlags.	305
2. Das Scheitern der Staatshaushaltsgesetze für 1862 und 1863	306
3. Die Proklamation des budgetlosen Regiments.	307

Inhaltsverzeichnis

II. Regierung und Abgeordnetenhaus in der Session 1863.	309
1. Die Adreßdebatte vom Januar 1863.	309
2. Der Streit um die Disziplinargewalt des Parlaments gegenüber den Ministern.	311
3. Der Streit um das Ministerverantwortlichkeitsgesetz.	312
4. Der Streit um das Kriegsdienstgesetz und das Amendement Forcken- beck.	314
5. Das Mißtrauensvotum vom 22. Mai 1863 und die Schließung des Land- tags.	317
6. Die Preßordnanz vom 1. Juni 1863.	318
III. Regierung und Abgeordnetenhaus in der Session 1864.	319
1. Die Neuwahl des Abgeordnetenhauses (28. Oktober 1863).	319
2. Die Resolution des Abgeordnetenhauses vom 25. Januar 1864	320
3. Bismarcks erster Staatsstreichplan: Oktroyierung des gleichen Wahl- rechts?.	321
IV. Die parlamentarischen Kämpfe des Jahres 1865.	324
1. Wehrkonflikt und Budgetkonflikt.	324
2. Das erneute Scheitern des Dienstpflichtgesetzes.	325
3. Das Scheitern das Marinefinanzgesetzes.	326
4. Das Scheitern des Staatshaushaltsplans für 1865.	327
V. Regierung und Abgeordnetenhaus im Januar/Februar 1866.	328
1. Die Resolution gegen die Eingliederung Lauenburgs.	328
2. Der Streit um die Abgeordneten-Immunität.	328
3. Der Streit um das Verbot des rheinischen Abgeordnetenfestes.	331
4. Die Schließung und Auflösung des Abgeordnetenhauses.	331
§ 22. <i>Die Kernfrage des Verfassungskonflikts.</i>	333
I. Die Lückentheorie.	333
1. Budgetkonflikt und Lückentheorie.	333
2. Lücken im Recht und Lücken im Gesetz.	338
II. Das Entscheidungsrecht im Verfassungskonflikt.	341
1. Konfliktrecht und Souveränität.	341
2. Konfliktrecht und Staatsnotstand.	344
§ 23. <i>Die Beilegung des Verfassungskonflikts.</i>	348
I. Staatsstreich oder Indemnität.	348
1. Der Staatsstreichplan der Militärpartei.	348
2. Der Sinn der Indemnitätspolitik.	350
II. Das Indemnitätsgesetz.	351
1. Die Vorbereitung der Indemnitätsvorlage.	351
2. Die Neuwahl des Abgeordnetenhauses 1866.	352
3. Das Abgeordnetenhaus und die Indemnitätsvorlage.	354

Inhaltsverzeichnis

III. Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Indemnität	358
1. Indemnitätsgesetz und Budgetgewalt	358
2. Indemnitätsgesetz und Kommandogewalt	363
IV. Die verfassungspolitische Bedeutung der Indemnität	365
1. Die Zwiespältigkeit der Urteile über die Indemnitätspolitik	365
2. Das Bündnis von Krone und Bürgertum als Ziel der Indemnitätspolitik	367
§ 24. <i>Preußen nach dem Verfassungskonflikt.</i>	370
I. Regierung und Parlament nach der Beilegung des Konflikts.	370
1. Das preußische Abgeordnetenhaus von 1867.	370
2. Regierung und Opposition seit 1867.	371
3. Die konservative Opposition.	372
II. Die Liberalisierung des Ministeriums Bismarck 1867-70.	373
1. Der Streit um die Immunität der Abgeordneten.	373
2. Der Sturz des Justizministers Graf zur Lippe.	374
3. Die Ministerwechsel von 1869 und 1872.	375
III. Übersicht: Das preußische Staatsministerium 1850-1872.	376
Kapitel VII. Der Kampf um die Bundesreform	378
§ 25. <i>Österreich im Übergang zum Verfassungsstaat.</i>	378
I. Die Oktoberverfassung von 1860.	378
II. Die Februarverfassung von 1861.	380
III. Der Zusammenhang von Verfassungspolitik und Bundesreformpolitik nach Villafranca	382
§ 26. <i>Nationalverein und Reformverein.</i>	384
I. Villafranca und die deutsche Frage.	385
II. Der deutsche Nationalverein	387
1. Die Gründung des Nationalvereins.	387
2. Das Programm des Nationalvereins.	388
3. Die Koburger Versammlung	389
4. Die deutschen Regierungen und der Nationalverein.	390
III. Der deutsche Reformverein.	393
1. Die Gegensätze innerhalb der großdeutschen Bewegung	393
2. Das Programm der großdeutschen Bewegung.	396
3. Die Fronten im großdeutschen Lager.	397
4. Die Sybel-Fickersche Kontroverse.	398
§ 27. <i>Der Kampf um die Bundesreform 1859-1861.</i>	399
I. Dualistische oder trialistische Bundesreform.	399
1. Preußen und die Reform der Bundeskriegsverfassung.	399
2. Die Würzburger Koalition.	401
3. Der Fürstentag von Baden-Baden.	403

Inhaltsverzeichnis

II. Die österreichisch-preußischen Bündnisverhandlungen	404
1. Die Teplitzer Punktation (Juli 1860).	404
2. Die Berliner Konferenzen (Januar bis April 1861).	406
3. Die dritte Würzburger Konferenz (Mai 1861).	407
§ 28. <i>Die Bundesreformpläne von Ende 1861 bis Mitte 1863.</i>	409
I. Der sächsische und der preußische Plan	409
1. Der Beustsche Reformplan (Oktober 1861).	409
2. Der Bernstorffsche Unionsplan (Dezember 1861).	410
3. Die Politik der identischen Noten (Februar 1862).	411
4. Die Annäherung Preußens an Italien und Frankreich	413
II. Der erste österreichische Reformvorschlag	415
1. Anregungen zur österreichischen Bundesreformpolitik	415
2. Der Plan einer Bundes-Delegiertenversammlung.	416
3. Das Scheitern des Bundesbeschlusses über die Bundes-Delegiertenver- sammlung.	418
III. Der große Reformplan von 1863.	420
§ 29. <i>Der Frankfurter Fürstentag und die Deutsche Reformakte von 1863</i>	421
I. Der Frankfurter Fürstentag	421
1. Das Ringen um die Teilnahme Preußens am Fürstentag	421
2. Die Frankfurter Versammlung	423
3. Die Frankfurter Verhandlungen.	424
4. Die öffentliche Meinung und der Fürstentag	426
II. Der Inhalt der Frankfurter Reformakte	427
1. Der Bundeszweck	427
2. Das Bundesdirektorium	427
3. Der Bundesrat	429
4. Die Versammlung der Bundesabgeordneten	430
5. Die Fürstenversammlung.	430
6. Das Bundesgericht	431
III. Das Scheitern der Frankfurter Reformakte	432
1. Die preußische Ablehnung	432
2. Die Nürnberger Ministerkonferenz.	434
3. Der österreichisch-preußische dilatorische Kompromiß.	434
Kapitel VIII. Der kurhessische und der schleswig-holsteinische Konflikt	436
§ 30. <i>Der Verfassungsstreit in Kurhessen 1858-1866.</i>	436
I. Die kurhessische Verfassungsfrage 1858/59.	436
1. Der Kampf um die kurhessische Verfassungsrevision	436
2. Der Bundestag und die kurhessische Frage 1858/59.	437
3. Der Beginn des Kampfs um die Wiederherstellung der Verfassung von 1831.	439

Inhaltsverzeichnis

II. Der kurhessische Verfassungskstreit 1860-62	440
1. Der Bundesbeschluß vom 24. März 1860.	440
2. Die kurhessische revidierte Verfassung vom 30. März 1860.	442
3. Die Wiederherstellung der Verfassung von 1831.	443
4. Bismarck und die kurhessische Frage.	447
§31. <i>Die schleswig-holsteinische Frage 1852-1863.</i>	449
I. Die Eibherzogtümer und die dänische Verfassungsfrage 1852-62	450
1. Die dänischen Gesamtstaatsverfassungen von 1854 und 1855	450
2. Die Bundesbeschlüsse von 1858.	451
3. Die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen 1859-60.	454
4. Die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen 1861-62.	455
II. Der Streit um das Märzpatent	456
1. Das Patent vom 30. März 1863.	456
2. Der Bundesbeschluß vom 9. Juli 1863.	457
3. Der Bundesbeschluß vom 1. Oktober 1863.	459
§ 32. <i>Die Bundesmaßnahmen zur Befreiung der Eibherzogtümer.</i>	460
I. Die Bundesexekution gegen Holstein.	460
1. Der dänische Thronwechsel von 1863 und die augustenburgische Frage	460
2. Das Londoner Protokoll von 1852 und die augustenburgische Frage	462
3. Bundesexekution oder Bundesintervention?.	463
4. Der Exekutionsbeschluß vom 7. Dezember 1863.	465
5. Der Vollzug der Bundesexekution	467
II. Die Pfandbesetzung Schlesiens.	468
1. Bundesexekution oder Bundeskrieg?.	468
2. Die Gegensätze am Bundestag	469
3. Die österreichisch-preußische Punktation.	470
4. Die österreichisch-preußische „Pfandbesetzung“.	471
5. „Pfandbesetzung“ oder Annexion?.	472
§ 33. <i>Der dänische Krieg und der Wiener Frieden.</i>	474
I. Die deutschen Großmächte und die Mittelstaaten im Streit um das Kriegsziel	474
1. Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Eibherzogtümer	474
2. Die zweite österreichisch-preußische Punktation	476
3. Der Streit um die Anerkennung der augustenburgischen Erbfolge am Bundestag	476
II. Die Londoner Konferenz	478
1. Das Scheitern des Vorschlags der Personalunion	478
2. Die Alternativvorschläge Bismarcks.	479
3. Der Plan der Teilung Schlesiens.	480

Inhaltsverzeichnis

III. Der deutsch-dänische Frieden	482
1. Der Vorfriedensvertrag vom 1. August 1864.	482
2. Die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage nach dem Abschluß des Präliminarfriedens	483
3. Die Schönbrunner Konferenzen (August 1864).	484
4. Der Wiener Frieden.	486
§ 34. <i>Das österreichisch-preußische Kondominium.</i>	488
I. Der Streit um die Beendigung der Bundesexekution.	488
1. Die Verwandlung der Exekution in eine Okkupation?.	488
2. Die Bedeutung des Art. 13 der Bundesexekutionsordnung.	489
3. Die österreichisch-preußischen Verhandlungen über das gemeinsame Vorgehen am Bundestag.	490
4. Der Bundesbeschluß vom 5. Dezember 1864.	492
II. Der Streit um die Mediatisierung der Herzogtümer.	492
1. Annexion oder Mediatisierung?.	492
2. Die preußischen Februarforderungen.	493
3. Preußen und die augustenburgische Nebenregierung	495
4. Der Bundesbeschluß vom 6. April 1865.	497
III. Die Krise des Sommers 1865.	498
1. Der Vorschlag zur Berufung der schleswig-holsteinischen Stände	498
2. Der preußische Kronrat vom 29. Mai 1865.	499
3. Das Gutachten der preußischen Kronjuristen.	501
4. Das österreichische Vierpunkte-Programm vom 10. Juli 1865	502
5. Der preußische Ministerrat vom 21. Juli 1865.	503
IV. Die Konvention von Bad Gastein	503
1. Souveränitätsteilung oder Verwaltungsteilung?.	503
2. Der Inhalt der Gasteiner Konvention.	505
V. Die Aufnahme der Gasteiner Konvention.	506
1. Der Bundestag und die Gasteiner Übereinkunft	506
2. Die deutsche Öffentlichkeit und die Gasteiner Übereinkunft	508
 Kapitel IX. Der Bundesbruch.	 510
§ 35. <i>Das Ende der österreichisch-preußischen Allianz.</i>	510
I. Der neue Konflikt.	511
1. Der Streit um die Maßnahmen gegen die Stadt Frankfurt	511
2. Der Streit um die Maßnahmen gegen die augustenburgische Bewegung	513
3. Der Altonaer Zwischenfall und seine Folgen.	514
II. Auflösung oder Reform des Deutschen Bundes?.	515
1. Die Bundesreform als „legitimes Kriegsziel“.	515
2. Der preußische Antrag auf Berufung eines deutschen Parlaments	516
3. Die preußischen Reformanträge beim Bundestag.	518

Inhaltsverzeichnis

§ 36. <i>Kriegsvorbereitungen und Friedensbemühungen.</i>	520
I. Das preußisch-italienische Bündnis.	520
1. Der Bündnisvertrag vom 8. April 1866.	520
2. Der Bündnisvertrag und das deutsche Bundesrecht	521
II. Zwischen Mobilmachung und Krieg	523
1. Die österreichische und die preußische Mobilmachung.	523
2. Die Anrufung des Bundestags gegen Preußen	524
3. Der Bundestag und der preußisch-sächsische Konflikt	525
4. Die Gablensche Vermittlungsaktion.	526
III. Frankreich und die deutsche Krise.	528
1. Der französische Konferenzplan	528
2. Der österreichisch-französische Geheimvertrag vom 12. Juni 1866	529
§ 37. <i>Die Bundesexekution gegen Preußen.</i>	531
I. Das Ende der Konvention von Gastein.	531
1. Die österreichische Erklärung vom 1. Juni 1866	531
2. Die preußischen Erklärungen vom 1., 3. und 9. Juni 1866.	534
3. Die österreichische Replik vom 9. Juni 1866	536
4. Der preußische Bundesreform Vorschlag vom 10. Juni 1866.	536
II. Die Bundesbeschlüsse gegen Preußen vom Juni 1866	539
1. Die Besetzung Holsteins durch preußische Truppen.	539
2. Die Mobilmachung des Bundesheeres gegen Preußen.	540
3. Die preußische Nullifikation des Bundesvertrags.	542
§ 38. <i>Recht und Unrecht im österreichisch-preußischen Konflikt.</i>	543
I. Die Rechtmäßigkeit des Mobilmachungsbeschlusses.	544
1. Die materielle Rechtmäßigkeit des Exekutionsbeschlusses.	544
2. Die formelle Rechtmäßigkeit des Exekutionsbeschlusses.	546
3. Die Frage des Bundesnotstands.	548
II. Die Unrechtmäßigkeit der Sezession und Nullifikation.	548
1. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über Recht und Unrecht	548
2. Die Rechtsfolgen eines bundeswidrigen Bundesbeschlusses.	549
3. Der Bundesbruch der Mehrheit und die Clausula rebus sic stantibus	550
III. Das Recht der Nation auf Bundesreform.	551
Kapitel X. Der österreichisch-preußische Krieg und seine Folgen.	555
§ 39. <i>Der Deutsche Bund im österreichisch-preußischen Krieg.</i>	555
I. Die Gruppierung der Fronten.	556
1. Die Zurückweisung der preußischen Sezessions- und Nullifikations- erklärung durch den Rumpfbundestag	556
2. Die preußische Sommatation an Sachsen, Hannover und Kurhessen	557

Inhaltsverzeichnis

II. Die Bundeskriegsverfassung im Krieg von 1866	558
1. Die Mobilmachung des Bundesheeres.	558
2. Die Befehlsordnung des Bundesheeres.	559
3. Die Einsetzung eines Bundeskommissars für Kurhessen.	560
4. Die Bundesexekution in Hohenzollern.	562
III. Der Zerfall des Bundes.	563
1. Das preußische Bündnisangebot an die nordmainischen Staaten	563
2. Der Abfall der Verbündeten Preußens vom Deutschen Bund	564
3. Die Trennung der Verbündeten Österreichs vom Deutschen Bund	567
§ 40. <i>Der österreichisch-preußische Frieden.</i>	568
I. Von Königgrätz nach Nikolsburg	568
1. Bismarcks Friedenspolitik.	568
2. Die französische Vermittlung	569
3. Der Präliminarfrieden von Nikolsburg.	571
II. Die Verhandlungen mit Frankreich und Rußland.	572
1. Der französische Kompensationsanspruch.	572
2. Die russische Einmischung	573
III. Der Prager Frieden.	576
§ 41. <i>Die preußischen Annexionen.</i>	577
I. Die Annexionen in Norddeutschland.	578
1. Die Sequestration der okkupierten norddeutschen Staaten.	578
2. Die Frage der Rechtmäßigkeit der Annexionen.	580
3. Der Vollzug der Annexionen.	583
4. Die Bildung der Provinzialfonds.	585
II. Die Auseinandersetzung Preußens mit den depossedierten Dynastien . . .	586
1. Der hannoversche Widerstand.	586
a) Die weifische Legion.	586
b) Der Abfindungsvertrag mit König Georg V.	588
c) Der Hannoversche Provinzialfonds.	589
d) Der Weifenfonds.	589
e) Der weifische Thronanspruch nach 1871.	591
2. Die Eingliederung Kurhessens.	591
3. Die Eingliederung Nassaus.	593
4. Die Eingliederung Schleswig-Holsteins.	593
III. Die Auseinandersetzung Preußens mit der Stadt Frankfurt am Main . . .	594
1. Frankfurt unter preußischer Besatzung	594
2. Der Streit um die Frankfurter Kontributionen.	595
§ 42. <i>Die Friedens- und Bündnisverträge mit den süd- und mitteldeutschen Staaten .</i>	597
I. Norddeutscher Bund und süddeutsche Union.	597



Inhaltsverzeichnis

II. Die süddeutschen Friedensverträge	598
1. Württemberg	598
2. Baden	599
3. Bayern	599
4. Hessen-Darmstadt	600
III. Die Schutz- und Trutzbündnisse	600
1. Der Defensivcharakter des Bündnissystems	600
2. Die Bündnisverträge und der Art. 4 des Prager Friedens	601
IV. Die mitteldeutschen Friedensverträge	603
1. Reuß ältere Linie	603
2. Sachsen-Meiningen	603
3. Sachsen	604
§ 43. <i>Der Abschluß der verfassungsrechtlichen Neuordnung Österreichs.</i>	604
I. Das Ende des gesamtstaatlichen Zentralismus in Österreich	605
1. Das Ministerium Belcredi	605
2. Die Sistierung des Februarpatents	606
3. Die inneren Krisen während des Kriegs von 1866	607
4. Die Lage in Ungarn	607
5. Die Verfassungsfrage nach Königgrätz	608
II. Die Entstehung der Doppelmonarchie	609
1. Das Ministerium Beust und der ungarische Ausgleich	609
2. Die österreichisch-ungarische Personal- und Realunion	611
3. Die österreichische Verfassung von 1867	612
4. Die Reform des Staatskirchenrechts	614
Kapitel XL Krise und Reform des Zollvereins	615
§44. <i>Der Kampf um den Zollverein 1862/64.</i>	615
I. Der Kampf um den Handelsvertrag mit Frankreich	615
1. Österreichs Anspruch auf Eintritt in den Zollverein	615
2. Der Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich (1862)	616
3. Österreich und der Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich	618
4. Österreichs Vorschlag einer deutschen Zolleinigung	619
5. Parteien und Verbände im Kampf um den Handelsvertrag des Zollvereins mit Frankreich	621
II. Die Zollvereinskrise 1863	623
1. Die Zollkonferenzen von 1863	623
2. Die Kündigung des Zollvereins	624
III. Die Neuordnung des deutschen Zollsystems	625
1. Die Erneuerung des Zollvereinsvertrags 1864	625
2. Der Beitritt der Sonderbundsstaaten	626
3. Der Handelsvertrag mit Österreich 1865	627

Inhaltsverzeichnis

45. Die Erneuerung und Umgestaltung des Zollvereins.	629
I. Das Ende des Deutschen Bundes und der Zollverein.	629
1. Die Friedensverträge von 1866 und der Zollverein.	629
2. Der Norddeutsche Bund und der Zollverein.	630
II. Der Übergang vom Zoll-Staatenbund zum Zoll-Bundesstaat.	632
1. Die Zollvereinskonferenz von 1867.	632
2. Der neue Zollvereinsvertrag.	633
3. Das Zollparlament.	635
III. Der Zollverein und die politische Einigung Deutschlands.	637
 <i>C. Das Bismarcksche Reich</i> 	
Allgemeines Schrifttum zum Bismarckschen Reich.	641
 Kapitel XII. Der Norddeutsche Bund.	643
 § 46. Bündnisvertrag und Bundesparlament.	643
I. Das Augustbündnis.	644
II. Der konstituierende Reichstag.	646
1. Das Wahlgesetz.	646
2. Die Aufgabe des Reichstags: Beratung oder Vereinbarung der Bundes- verfassung?.	647
3. Die Zusammensetzung des Reichstags.	648
 § 47. Die Norddeutsche Bundesverfassung.	649
I. Der Reichstag und die Bundesverfassung.	649
1. Der preußische Entwurf.	649
2. Der Beschluß der Regierungsbevollmächtigten über den Verfassungs- entwurf.	652
3. Der Reichstag und die Bundesverfassung.	653
4. Vereinbarung oder Oktroyierung der Bundesverfassung?.	654
II. Die Änderungen der Bundesverfassung im Reichstag.	655
1. Das Föderativprinzip.	655
2. Das Bundespräsidium.	657
3. Der Bundesrat.	657
4. Der Bundeskanzler.	658
5. Der Reichstag.	661
6. Gesetzgebung und auswärtige Gewalt.	662
7. Gesetzgebung und Kommandogewalt.	663
8. Gesetzgebung und Budgetgewalt.	664
9. Der Streit um die Grundrechte.	665
10. Der Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit.	666

Inhaltsverzeichnis

III. Das Inkrafttreten des Bundesverfassung.	666
1. Die Verfassungsvereinbarung.	666
2. Die Publikationspatente.	667
3. Die Konstituierung der Bundesorgane.	668
§ 48. <i>Rechtsprobleme der Bundesgründung.</i>	669
I. Staatsgründung und Verfassungsentstehung.	669
1. Revolutionäre und legale Staatsgründungen.	669
2. Legalität und Legitimität in der Gründung des Norddeutschen Bundes.	671
II. Die Theorie der Staatsentstehung und die Gründung des Norddeutschen Bundes.	673
1. Die Faktizitätstheorie.	673
2. Die Legalitätstheorie.	674
3. Die Vertragstheorie.	675
4. Die Vereinbarungstheorie.	676
5. Die dialektische Theorie.	678
§ 49. <i>Süddeutschland und der Norddeutsche Bund.</i>	680
I. Der Südbund-Plan 1867-69.	681
II. Die Entwicklung der Militärbündnisse zwischen Preußen und den Südstaaten.	685
1. Hessen-Darmstadt.	685
2. Baden.	687
3. Württemberg.	689
4. Bayern.	691
§ 50. <i>Die luxemburgische Frage.</i>	693
I. Die Verhandlungen über die Abtretung Luxemburgs an Frankreich.	693
1. Das Ausscheiden Luxemburgs aus dem Bundesverhältnis.	693
2. Die preußisch-französischen Bündnisverhandlungen von 1866/67.	694
II. Die luxemburgische Krise und die Londoner Übereinkunft.	696
1. Die niederländisch-französischen Abtretungsverhandlungen.	696
2. Die Abtretung Luxemburgs und die deutsche öffentliche Meinung.	697
3. Das preußische Besetzungsrecht in der Festung Luxemburg.	698
4. Die luxemburgische Krise und der casus foederis.	699
5. Der Londoner Vertrag vom 11. Mai 1867.	700
Kapitel XIII. Die Reichsgründung.	702
§51. <i>Der deutsch-französische Krieg und die deutsche Einheit.</i>	703
I. Bismarcks Kaiserplan von Anfang 1870.	704
1. Die nationalpolitischen Ziele des Kaiserplans.	704
2. England und der Kaiserplan.	705
3. Bayern und der Kaiserplan.	708

Inhaltsverzeichnis

II. Die Hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien.	709
1. Der Hohenzollernsche Plan.	709
2. Die Annahme der Kandidatur.	712
3. Die französische Intervention.	715
III. Die Emser Depesche.	718
1. Die Umredaktion der Emser Depesche.	718
2. Verfassungsrechtliche Würdigung der Emser Depesche.	719
IV. Die Kriegserklärung.	721
1. Der Krieg und der norddeutsche Reichstag.	721
2. Süddeutschland und der casus foederis.	722
52. <i>Das Verfassungsbündnis von Versailles.</i>	724
I. Die deutsche Einigungsfrage nach Kriegsausbruch.	724
1. Die Südstaaten und die Gestaltung Deutschlands.	724
2. Bismarcks Einigungspolitik.	727
3. Die September-Konferenzen in München.	730
II. Die Novemberverträge.	732
1. Die hessische Fronde.	732
2. Die Verfassungsverhandlungen in Versailles.	733
3. Die Verfassungsverträge vom November 1870.	735
4. Die Legende vom bayerischen Geheimvertrag.	737
III. Die Lösung der Kaiserfrage.	738
1. Der realpolitische Sinn des Kaisertitels.	738
2. Die Kompensationen für die bayerische Zustimmung zum Kaisertitel.	739
3. Der Kaiserbrief.	740
't 53. <i>Der Weg zur Reichsverfassung.</i>	742
I. Die Novemberverträge und der Art. 4 des Prager Friedens.	742
II. Die parlamentarische Ratifikation der Novemberverträge.	745
1. Die Ratifikation durch den norddeutschen Reichstag.	745
2. Die Einführung der Bezeichnungen „Kaiser“ und „Reich“.	746
3. Die Annahme der Kaiserkrone durch König Wilhelm I.	747
4. Die Ratifikation in Baden, Hessen und Württemberg.	748
5. Die Ratifikation in Bayern.	749
III. Die Einsetzung der Reichsorgane.	750
1. Die Entstehung des kaiserlichen Amts.	750
a) Amtserwerb und Amtsergreifung.	750
b) Der Streit um den Kaisertitel.	751
c) Die Kaiserproklamation.	753
2. Die Berufung des Reichskanzlers und die Konstituierung des Bundesrats.	754
3. Die Wahl des ersten Reichstags.	755

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Revision der Reichsverfassung	756
1. Die Revisionsverhandlungen	756
2. Die Verfassungsgesetze des Reichs.	759
V. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich	760
1. Die Identitätstheorie.	760
2. Kein Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund.	761
3. Das Reich als neuer deutscher Bundesstaat.	764
 Kapitel XIV. Reichsidee und Reichsgefüge	 766
 Allgemeines Schrifttum zur Reichsverfassung.	 766
§ 54. <i>Das Reich als Nationalstaat.</i>	767
I. Die Reichsidee	767
1. Reichsuniversalismus und Nationalstaat	767
2. Europäische Ordnung und Nationalstaat	768
3. Weltgeltungspolitik und Nationalstaat	770
II. Verfassungsprobleme des Reichs	773
1. Kaisertum und Nationalstaat	773
2. Reichskonstitutionalismus und Nationalstaat	775
3. Reichsföderalismus und Nationalstaat.	777
4. Pluralistischer Parteienstaat und Nationalstaat	781
5. Antagonistischer Klassenstaat und Nationalstaat	783
§ 55. <i>Das Reich als Bundesstaat.</i>	785
I. Die Reichsgliederung	786
II. Föderalismus und Unitarismus der Reichsstruktur.	788
1. Die Legende vom Reich als „Fürstenbund“.	788
2. Der Reichszweck: nationale Sicherheit und Wohlfahrt	789
3. Rechte und Pflichten der Nation.	790
III. Reich und Länder.	791
1. Die Reichssouveränität	791
2. Die Identität von Gesamtstaat und Zentralstaat	792
3. Die Herrschaftsgewalt des Reichs gegenüber den Ländern.	794
IV. Die preußische Hegemonie	798
1. Der hegemoniale Bundesstaat	798
2. Die preußischen Hegemonialrechte.	799
V. Die Rechtsstellung der Gliedstaaten.	802
1. Das Existenzrecht der Gliedstaaten.	803
2. Die Mitgliedschaftsrechte der Gliedstaaten.	805
3. Die Hoheitsrechte der Gliedstaaten.	805
VI. Die Sonderrechte der Gliedstaaten.	806
1. Die besonderen Mitgliedschaftsrechte.	806
2. Die besonderen Hoheitsrechte (Reservatrechte).	807

Inhaltsverzeichnis

Kapitel XV. Die Reichsorgane	809
§ 56. <i>Der Kaiser.</i>	809
I. Die staatsrechtliche Stellung des Kaisers.	809
1. Erwerb und Verlust des kaiserlichen Amtes.	809
2. Der Kaiser als Reichsoberhaupt	811
3. Kaiserliche Gewalt, Bundespräsidialgewalt und preußisches Mitgliedschaftsrecht	813
4. Konstitutionelles Kaisertum und persönliches Regiment	814
II. Kaiserliche Gewalt und Kabinetssystem.	816
1. Das Zivilkabinett	817
2. Das Militärkabinett.	818
3. Das Marinekabinett	819
III. Übersicht über die Kompetenzen des Kaisers.	820
§ 57. <i>Der Reichskanzler.</i>	820
I. Das System der Kanzlerregierung.	821
1. Kaiser und Kanzler.	821
2. Kanzlerregierung und Kollegialregierung	822
3. Die Stellvertreter des Reichskanzlers.	823
II. Die Reichsleitung und die preußische Staatsregierung	825
1. Die Personalunion von Reichskanzlerschaft und preußischer Ministerpräsidentenschaft	825
2. Die Ernennung der Reichsstaatssekretäre zu preußischen Staatsministern	827
3. Die Inkompatibilität von Reichskanzlerschaft und Reichstagsmandat	829
III. Die Spitzenämter des Kaiserreichs.	831
1. Das Amt des Reichskanzlers.	831
2. Die Reichskanzlei	832
§ 58. <i>Die obersten Reichsbehörden.</i>	833
I. Die Stellung der Reichsämtner	833
II. Übersicht über die Reichsämtner und ihre Besetzung.	835
1. Das Reichskanzleramt - seit 1879: Reichsamt des Innern	835
2. Das Auswärtige Amt	836
3. Die Kaiserliche Admiralität - seit 1889: Reichsmarineamt	838
4. Das Reichseisenbahnamt	840
5. Das Reichspostamt	840
6. Das Reichsjustizamt.	841
7. Das Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.	842
8. Das Reichsschatzamt	843
9. Das Reichskolonialamt	844

Inhaltsverzeichnis

10. Das Reichsernährungsamt ^	845
11. Das Reichswirtschaftsamt	845
12. Das Reichsarbeitsamt	846
III. Die sonstigen obersten Reichsbehörden.	846
1. Die Reichsbank	846
2. Der Reichsrechnungshof	847
§ 59. <i>Der Bundesrat.</i>	848
I. Die Stellung des Bundesrats	849
1. Der Bundesrat Träger der Reichssouveränität?.	849
2. Bundesrat und Reichstag	850
3. Bundesrat und Reichsleitung	851
II. Die Organisation des Bundesrats.	852
1. Der Bundesrat ein Reichsorgan, kein Länderorgan	852
2. Der Reichskanzler als Vorsitzender des Bundesrats.	854
3. Die Stimmverteilung im Bundesrat	855
4. Die Bundesratsbevollmächtigten.	855
III. Die Tätigkeit des Bundesrats.	857
1. Die Pflicht der Länder zur Mitwirkung im Bundesrat	857
2. Das Initiativrecht im Bundesrat, insbesondere die Frage der Präsidial- vorlagen.	857
3. Das Beratungs- und Abstimmungsverfahren im Bundesrat	859
IV. Übersicht über die Zuständigkeiten des Bundesrats.	860
§ 60. <i>Der Reichstag: Wahl und Zusammensetzung.</i>	860
I. Reichstagswahlrecht und preußisches Dreiklassenwahlrecht	861
II. Die Grundsätze des Reichswahlgesetzes.	862
III. Wahlrecht und Wahlpflicht	863
1. Das Wahlrecht als subjektives Recht und als öffentliche Funktion	863
2. Wahlfreiheit und Wahlpflicht	865
IV. Das Reichstagswahlrecht und die Parteien.	866
1. Die verfassungsrechtliche Anerkennung der Parteien im § 17 des Reichs- wahlgesetzes.	866
2. Stichwahlen und Wahlbündnisse der Parteien.	868
V. Die Wahlergebnisse.	870
1. Das Reichstagswahlrecht und der Aufstieg der Opposition.	870
2. Vorzüge und Gefahren des Mehrheitswahlrechts.	871
3. Privilegierende und diskriminierende Wirkungen des Mehrheitswahl- rechts	873
4. Zählwert und Erfolgswert der Stimmen in den Reichstagswahlen 1871-1912.	875
5. Die Zusammensetzung der Reichstage 1871-1912.	877

Inhaltsverzeichnis

§ 61. <i>Der Reichstag: Stellung und Zuständigkeiten.</i>	879
I. Die Stellung des Reichstags.	880
1. Der Reichstag als Nationalrepräsentation.	880
2. Legislaturperiode und Sitzungsperiode.	882
3. Die Auflösung des Reichstags.	883
II. Die Autonomie des Reichstags.	884
1. Der Erlaß der Geschäftsordnung.	884
2. Präsidium, Fraktionen und Ausschüsse.	885
3. Die Öffentlichkeit der Sitzungen.	886
4. Die Wahlprüfung.	888
5. Das Hausrecht des Parlaments.	888
III. Die Stellung der Abgeordneten.	889
1. Das freie Mandat.	889
a) Repräsentativverfassung und freies Mandat.	889
b) Parteidisziplin, Fraktionszwang und freies Mandat.	890
2. Das Diätenverbot.	893
a) Diätenverbot und Berufsparlamentarismus.	893
b) Die Aufhebung des Diätenverbots.	894
3. Reichstagsmandat und öffentliches Amt.	895
4. Die Immunität der Abgeordneten.	896
5. Die parlamentarische Disziplin.	897
IV. Übersicht über die Zuständigkeiten des Reichstags.	898
§ 62. <i>Reichstag und Reichsregierung.</i>	898
I. Die Kanzlerverantwortlichkeit.	898
1. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter.	898
2. Das Recht des Reichstags auf das Erscheinen des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter im Plenum.	900
II. Die Kontrollrechte des Reichstags gegenüber der Reichsregierung.	902
1. Das Recht zur Behandlung von Petitionen.	902
2. Das Interpellationsrecht.	903
3. Das Recht zum Mißbilligungsvotum.	904
III. Die Parlamentarisierung der Reichsgewalt.	906
Kapitel XVI. Die Reichsgewalt.	908
§ 63. <i>Die Reichsgesetzgebung.</i>	908
I. Reichs- und Landesgesetzgebung.	909
1. Reichszuständigkeiten kraft Deklaration, kraft Natur der Sache und kraft Sachzusammenhangs.	909
2. Ausschließliche und konkurrierende Reichszuständigkeiten.	910
3. Der Satz „Reichsrecht bricht Landesrecht“.	912

Inhaltsverzeichnis

II. Materielle und formelle Reichsgesetze.	912
1. Der Begriff des materiellen Gesetzes.	913
a) Das Wesensmerkmal der Rechtsnorm.	913
b) Kritik der Eingriffsformel.	914
c) Der materielle Gesetzesbegriff im vollentwickelten Verfassungs- staat.	915
2. Der Begriff des formellen Gesetzes.	917
3. Das Maßnahmegesetz.	919
III. Der Weg der Reichsgesetzgebung.	920
1. Die Gesetzinitiative.	920
2. Die Feststellung des Gesetzesinhalts.	921
3. Die Erteilung des Gesetzesbefehls („Sanktion“).	922
a) Der Begriff der Sanktion.	922
b) Das Sanktionsorgan.	923
c) Der Kaiser als Inhaber der Sanktionsgewalt.	925
4. Die Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes.	926
IV. Die Verordnungsgewalt des Reichs.	927
1. Die Rechtsverordnungen.	927
a) Keine allgemeine Rechtsverordnungsgewalt der Reichsexekutive.	927
b) Das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914.	928
c) Gesetzausführende Rechtsverordnungen.	929
2. Die Verwaltungsverordnungen.	930
§ 64. Die auswärtige Gewalt des Reichs.	930
I. Auswärtige Reichs- und Landeskompetenzen.	931
1. Die auswärtige Reichsgewalt.	931
2. Die auswärtige Landesgewalt.	932
3. Preußen und die deutsche Außenpolitik.	934
II. Die auswärtige Vertretung des Reichs.	934
1. Kaiser, Reichskanzler und Auswärtiges Amt.	934
2. Der diplomatische Dienst.	935
a) Die Instruktionsgebundenheit der Gesandten.	935
b) Der Arnim-Fall.	936
3. Der konsularische Dienst.	937
III. Die auswärtigen Verträge des Reichs.	938
1. Die Vertragsmacht der Reichsexekutive.	938
2. Die Mitwirkung der Legislative beim Abschluß auswärtiger Ver- träge.	939
3. Das Transformationsgesetz.	941
IV. Die Entscheidung über Krieg und Frieden.	941
1. Die Kriegserklärung.	942
2. Der Friedensschluß.	944
3. Das verfassungsändernde Gesetz vom 28. Oktober 1918.	944

Inhaltsverzeichnis

65. Die Finanzhoheit des Reichs.	944
I. Die Finanzverfassung im Bundesstaat	945
II. Die Reichseinnahmen	947
1. Die Reichszölle	947
a) Die Einheit des Zollgebiets.	947
b) Zollgesetzgebung und Zollverwaltung	948
2. Die Reichssteuern	949
a) Die Verbrauchssteuern	949
b) Die Verkehrssteuern.	950
III. Matrikularbeiträge und Reichsüberweisungen.	950
1. Die Matrikularbeiträge der Länder und die Franckensteinsche Klausel.	950
2. Die Reichsfinanzreform von 1904.	952
3. Die Reformgesetze von 1906 bis 1913.	953
IV. Das Reichshaushaltsrecht	955
1. Das Budgetfeststellungsgesetz und das Kreditemächtigungsgesetz	955
2. Die verfassungspolitische Bedeutung der Budgetgewalt	956
3. Die Reichsverfassung und der Budgetkonflikt.	957
V. Die Reichsrechnungskontrolle.	958
1. Die Rechtsgrundlage der Rechnungsprüfung	958
2. Das Verfahren der Rechnungsprüfung	959
3. Der Abschluß der Rechnungsprüfung	960
66. Die Verwaltungshoheit des Reichs.	961
I. Reichs- und Landesverwaltung	961
1. Die unmittelbare Reichsverwaltung	961
2. Die Zuständigkeiten des Kaisers innerhalb der unmittelbaren Reichs- verwaltung	963
3. Die Landesverwaltung	964
II. Der Reichsdienst	965
1. Das Reichsbeamtentum als staatstragender Stand	965
2. Das Reichsbeamtentum als Repräsentations- und Integrationsorgan	968
3. Das Reichsbeamtenverhältnis.	969
a) Unmittelbare und mittelbare Reichsbeamte.	969
b) Die Begründung des Reichsbeamtenverhältnisses.	970
c) Die Rechte und Pflichten der Reichsbeamten	971
d) Die Ahndung von Pflichtverletzungen	971
e) Die Beendigung des Reichsbeamtenverhältnisses.	972
> 67. Die Justizhoheit des Reichs.	973
I. Reichs- und Landesjustiz	974
1. Gerichtseinheit und Staatseinheit	974

Inhaltsverzeichnis

2. Die Reichszuständigkeit für das bürgerliche Recht	975
3. Die Reichs Justizgesetze von 1877.	977
II. Reichsjustizhoheit und Reichsverfassung	979
1. Reichs Justizhoheit und Mediatisierung der Landes] ustiz gewalt....	979
2. Reichsjustiz und Rechtsstaatsidee.	981
a) Die Unabhängigkeit der Gerichte und die Rechtsstellung der Richter.	982
b) Die Zuständigkeit der Gerichte	982
III. Reichs- und Landesverwaltungsgerichte	985
1. Die Wahrung der Immediatstellung der Landesverwaltungsjustiz . . .	985
2. Die besonderen Reichsverwaltungsgerichte.	985
a) Reine Reichsverwaltungsgerichte.	986
b) Reichsverwaltungsbehörden mit verwaltungsgerichtlicher Zustän- digkeit	987
68. Die Reichsmilitärgewalt.	988
I. Wehrverfassung und Staatsverfassung.	989
II. Wehrverfassung und Föderalismus.	992
1. Reichsheer oder Kontingentsheer?.	992
2. Das deutsche Heer als Reichsheer.	993
3. Die Militärkonventionen.	996
4. Militärische Reservatrechte und Reichssouveränität.	999
III. Wehrverfassung und Konstitutionalismus.	1000
1. Kommandogewalt und Ministerverantwortlichkeit	1000
2. Die Befreiung der Kommandoakte von Gegenzeichnung und Kanzler- verantwortlichkeit	1002
IV. Wehrverfassung und Kriegsmarine.	1004
1. Die Entstehung der Kriegsmarine.	1004
2. Die Stellung der Kriegsmarine.	1005
Kapitel XVII. Die Gewähr der Verfassung	1007
5 69. <i>Verfassungstreupflicht und Verfassungsschutz</i>	<i>1007</i>
I. Verfassungstreue und Verfassungsschutz im konstitutionellen Staat	1007
1. Verfassungsgehorsam und Verfassungstreue.	1007
2. Verfassungstreue und verfassungsmäßige Freiheit	1008
3. Verfassungstreue als Bindung an das Verfassungswertgefüge	1009
4. Formen des Verfassungsschutzes im Verfassungsstaat	1011
II. Verfassungstreue und Verfassungseid	1012
1. Die Verfassungstreupflicht des Kaisers und der Landesherrn	1012
2. Die Verfassungstreupflicht des Reichskanzlers und der Reichsbeamten	1014
3. Die Verfassungstreupflicht der Soldaten.	1015

Inhaltsverzeichnis

70. Präventiver und repressiver Verfassungsschutz1016
I. Die politische Polizei im Bismarckschen Reich1016
1. Die politische Polizei bis 1873.1016
2. Die politische Polizei seit 1873.1018
II. Der strafrechtliche Verfassungsschutz1019
III. Das Verbot verfassungsfeindlicher Vereinigungen1020
1. Repressivmaßnahmen gegen verfassungsfeindliche Organisationen1020
2. Präventivmaßnahmen gegen verfassungsfeindliche Organisationen1021
71. Die Reichsaufsicht1022
I. Begriff der Reichsaufsicht1022
1. Die Reichsaufsicht als Mittel zur Gewähr der Föderativverfassung1022
2. Selbständige und abhängige Reichsaufsicht1023
II. Formen, Verfahren und Grenzen der Reichsaufsicht1025
1. Die selbständige Reichsaufsicht1025
2. Die abhängige Reichsaufsicht1027
3. Der Bundesrat als Beschlußorgan im Reichsaufsichtsverfahren1028
72. Die Reichsexekution1029
I. Die Reichsexekution im Norddeutschen Bund und im Bismarckschen Reich1029
II. Die Rechtsnatur der Reichsexekution1032
1. Reichsexekution und Reichsverfassungsjustiz1032
2. Reichsexekution und Reichsaufsicht1033
III. Die Voraussetzungen der Reichsexekution1034
1. Der Begriff der verfassungsmäßigen Bundespflichten1034
2. Die verantwortlichen Landesorgane1035
IV. Die Bundestreupflicht als Kern der verfassungsmäßigen Bundespflichten1036
1. Die Friedenspflicht1036
2. Die Einordnungspflicht1037
3. Die Sicherungspflicht1038
V. Verfahren und Mittel der Reichsexekution1038
1. Exekutionsbeschluß und Exekutionsvollzug1038
2. Militärische und zivile Mittel des Exekutionsvollzugs1039
3. Maßnahmen der zivilen Reichsexekution1040
§ 73. Der Reichsbelagerungszustand1042
I. Reichs- und Landesbelagerungszustand1043
1. Der Kriegszustand nach dem Art. 68 BRV.1043

Inhaltsverzeichnis

2. Der Belagerungszustand in Bayern	1044
3. Der Belagerungszustand in den übrigen mittleren Ländern.	1045
4. Der Belagerungszustand in Preußen.	1046
II. Die Verhängung des Reichsbelagerungszustands	1047
1. Die Zuständigkeit des Kaisers.	1047
2. Die Voraussetzungen des Reichsbelagerungszustands.	1048
3. Die Verkündung des Reichsbelagerungszustands.	1049
III. Die Wirkungen des Reichsbelagerungszustands.	1049
1. Der Übergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbefehlshaber	1049
2. Die Verschärfung des Strafrechts und der Straf Justiz	1051
3. Die Suspension der sieben Grundrechte.	1052
IV. Die parlamentarische Kontrolle des Reichsbelagerungszustands	1054
74. <i>Das richterliche Prüfungsrecht.</i>	1055
I. Die Justiz als Hüter der Verfassung.	1056
II. Die Formen des richterlichen Prüfungsrechts.	1057
1. Institutionelle und inzidente Normenkontrolle.	1057
2. Materielle und formelle Normenkontrolle.	1058
3. Das richterliche Prüfungsrecht und der Reichskonstitutionalismus	1060
III. Die richterliche Prüfung der Rechtsnormen minderen Ranges.	1062
1. Die richterliche Prüfung von Reichsverordnungen.	1063
2. Die richterliche Prüfung der Landesgesetze und Landesverordnungen	1063
75. <i>Der Bundesrat als Reichsverfassungsgericht.</i>	1064
I. Reichsfrieden und Reichsverfassungsjustiz.	1065
II. Die Fälle der Reichsverfassungsjustiz	1066
1. Streitigkeiten zwischen Gliedstaaten.	1066
2. Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Gliedstaats.	1067
3. Thronstreitigkeiten.	1070
4. Verfassungsbeschwerden wegen Justizverweigerung	1071

Abkürzungen

In den Fußnoten werden mit der Abkürzung *Dokumente* die vom selben Verfasser herausgegebenen „Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte“ (Bd. 1: 1961; 3. Aufl. 1978; Bd. 2: 1964; 3. Aufl. 1986; Bd. 3: 1966) bezeichnet. Die Abkürzungen *Bd. I*, *Bd. II* usw. verweisen auf die entsprechenden Bände der „Deutschen Verfassungsgeschichte“. Der Hinweis „Staat und Kirche“ bezieht sich auf das Quellenwerk *E. R. Huber - W. Huber, Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. I (1973), Bd. II (1976), Bd. III (1983), Bd. IV (1988).